

doch wieder etwas lebhafter zu arbeiten, es liesse sich dann doch vielleicht noch etwas erreichen. Hering-Potsdam widerspricht dem und hält dort eine Gruppe nicht für lebensfähig, aber auch Herr Beckmann rät davon ab, die Gruppe Potsdam aufzulösen, vielmehr müssten recht viele Gruppen gebildet werden, die Sache soll in der nächsten Sitzung nochmals behandelt, und ein entsprechender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Auch die Anregung von Kohlmann-Zossen, an die Hauptversammlung den Antrag zu stellen, auch für die Gruppe Berlin einen Delegierten zur Ausschusssitzung zuzulassen, soll bis dahin zurückgestellt werden. Zu Punkt 2, Neuberatung des Tarifs, gibt der Schriftführer die Forderungen der Gehilfen bekannt, die in einem 5jährigen Staffeltarif den Minimalwochenlohn, der jetzt 18 M. beträgt, auf nach und nach 23 M. erhöhen wollen. Der Tarifausschuss habe sich nicht entschliessen können, diese Forderungen als annehmbar zu empfehlen, schlage vielmehr vor, den Tarif auf nur 3 Jahre abzuschliessen, und den Minimallohn für diese Zeit auf 20 M. festzusetzen, gleichzeitig aber auch die Beköstigung der Gehilfen etwas höher zu bewerten, indem für Mittagsbrot 55 Pf. und für das Abendbrot 35 Pf. anzurechnen seien. Kohlmann-Zossen beleuchtet darauf den Tarif von den verschiedensten Seiten, und schlägt unter anderem vor, einen Befähigungsnachweis zu verlangen. (Unruhe, Schlussrufe!) Der Vorsitzende meint, dies ginge nicht gut an; wenn ein Gehilfe die gute Absicht habe, etwas zu lernen und zu leisten, sei er auch als junger Mensch oftmals besser zu gebrauchen, wie mancher ältere, mit wer weiss was für guten Zeugnissen, er schlägt vor, die 20 M. schlankweg zu bewilligen. Allgemeine Zustimmung! Kohlmannslehner empfiehlt ebenfalls die Annahme der vorgeschlagenen Sätze, rät aber, die endgültige Annahme im Dezember in 2. Lesung zu fassen, die Stimmung ist jedoch für sofortigen Entschluss; bei der Abstimmung wird der Vorschlag der Tarifkommission fast einstimmig angenommen, um allen gerecht zu werden, sollen aber auch noch die zustimmenden Unterschriften von mindestens 50% der Mitglieder gesammelt werden, 43 Unterschriften wurden sofort gegeben. Ueber Punkt 3: Wie können wir unsere Produkte höher verwerten, referierte Herr Kohlmannslehner in ausführlichster Weise. Alles würde teurer u. a. besonders für uns die Gehilfenlöhne und der Koks, dazu sämtliche Lebensbedürfnisse; dem entgegen sei zu konstatieren, dass unsere Produkte billiger würden, unter diesen Verhältnissen müssten wir dem Ruin entgegen gehen. Der gesündeste Zustand sei der direkte Absatz der Produzenten an das Publikum, in dieser Beziehung herrschten hier traurige Zustände, die Ware ginge durch zu viele Hände, den Hauptverdienst hätten die Zwischenhändler, meistens herrsche in den markt-gängigen Sachen Ueberproduktion, so dass der Handelsgärtner vielfach mit einem ganz geringen Erlös, (von Verdienst könne nicht die Rede sein), zufrieden sein müsse, man sehe dies jetzt am Chrysanthemum- und Primelgeschäft. Man solle sich noch mehr auf Spezialkulturen legen und versuchen, seine Erzeugnisse, die schon jetzt vielfach rühmlichst bekannt seien, an auswärtige Interessenten abzusetzen, eine Börse sei hierzu das beste Mittel. Auch der Umsatz in der Markthalle sei noch zu steigern, wem es möglich sei, der möge sich dort einen Stand sichern. Die Gewohnheit, 13 Töpfe auf das Dutzend zu geben, sei eine Schmach für die Berliner Gärtner, und es sei die höchste Zeit, hier Wandel zu schaffen. Kohlmann, Grill und Bernstiel polemisieren gegen diese Vorschläge und stellen sie als unrichtig oder undurchführbar hin, ähnlich sprechen sich Müller-Ndr.-Schönhausen, Deutschendorf und Kukulinski aus. Kohlmannslehner gibt in grosszügiger Weise eine treffliche Widerlegung all dieser kleinkrämerischen Befürchtungen und Ansichten. Schönfliess unterstützt ihn, indem er ebenfalls die schlechten Verhältnisse konstatiert und gegen den gleichgültigen Standpunkt der Handelsgärtner zu Felde zieht. Kohlmann-Zossen empfiehlt schliesslich ebenfalls das Streben, ausserhalb für seine Erzeugnisse Absatz zu suchen und Börsen abzuhalten. Bethmann-Weissensee rät, weniger zu ziehen, dafür mehr Gewicht auf die Qualität der Ware zu legen. Zustimmung! Nachdem Herr Neumann noch ausführlich die Markthallen besprochen hat, nimmt Herr Kohlmannslehner das Schlusswort, er bedauert, dass seine Anregungen auf so wenig fruchtbaren Boden gefallen sind und stellt den Antrag, einen Wirtschaftlichen Ausschuss für die Gruppe zu wählen. Dem wird zugestimmt und werden folgende 12 Herren gewählt: de Coene, Bernstiel, Beyrodt, Ploth, Grill, Hennig, Ramtour, Thiel, Lamche, Sauerwaldt, Müller-Nieder-Schönhausen und Weigt. Punkt 4: Ernennung eines Gruppenrechtsanwaltes, wird diesem Ausschuss zur baldigen Erledigung — passende Rechtsanwälte vorzuschlagen — überwiesen.

E. Dageförde, Schriftführer.



Personal-Nachrichten.

Am 25. Oktober verstarb in Wannsee bei Berlin am Herzschlage der Königl. Preuss. Landesökonomierat **Ernst Ring** im Alter von 56 Jahren. Wenn die hervorragende Tätigkeit des Verstorbenen auch ausschliesslich auf landwirtschaftlichem Gebiete lag, so hatte er auch stets ein offenes Herz für die Interessen der Handelsgärtnerei und hat dieses als früheres Mitglied des preuss. Abgeordnetenhauses zu vielen Malen bewiesen. Für die Wünsche unseres Verbandes ist er sehr oft bereitwillig eingetreten, namentlich in der Gewerbesteuer-Angelegenheit, welcher er 1896 im Abgeordnetenhaus zu einem vollen Erfolg verhalf, der durch die ablehnende Haltung der Regierung allerdings leider zu einem praktischen Ergebnis nicht führte. Auch in den ersten Jahren der Kämpfe um den Schutz der heimischen Gärtnerei in den Handelsverträgen hat er stets den Standpunkt der Notwendigkeit eines solchen Schutzes vertreten. Der Verband der Handelsgärtner wird dem Verstorbenen ein dankbares Gedenken bewahren. *

Dem Gartenarchitekten **Philipp Siesmayer** in Frankfurt a. M. wurde der Königl. Kronenorden IV. Klasse verliehen.

Der städt. Garteninspektor **Hermann Kube** in Posen wurde zum städt. Gartendirektor ernannt.

Dem Obergärtner **Ludwig Neureuther** im Zoologischen Garten zu Köln, dem Gärtner **Wilhelm Stamm** zu Willingshausen im Kreise Ziegenhain, dem Gärtnergehilfen **Philipp Barth** zu Seulberg im Obertaunuskreise und dem Obstzüchter **Friedrich Wiebach** zu Werder a./H. wurde das preuss. Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

Ein Prozess um fünf Orchideen.

Vor den Brüsseler Gerichten wurde dieser Tage ein Prozess wegen fünf Orchideen verhandelt, die einen Wert von 30,000 Frank repräsentierten. Ein reicher Engländer, der ein Liebhaber von besonders kostbaren und eigenartigen Orchideen ist, hatte von einem Brüsseler Gärtner fünf dieser Pflanzen für den oben genannten Preis erstanden. Als der Käufer die Pflanzen erhielt, stellte es sich heraus, dass der Gärtner andere als die bestellten und weniger kostspielige Exemplare geliefert hatte. Der Engländer erhob infolge dessen bei den Brüsseler Gerichten Klage auf Rückgängigmachung des Kaufes und Schadenersatz. Obwohl der Gärtner geltend machte, dass er die gekauften Orchideen auch in der Tat an den Käufer abgesandt und dass die richtigen gestohlen und durch weniger wertvolle ersetzt worden seien, erkannte das Gericht doch auf Ungültigkeit des Kaufes und Zahlung von 3000 Fr. Schadenersatz.

Gehilfenbewegung.

Lohnbewegung in Leipzig.

Die Leipziger Landschaftsgärtnergehilfen hielten kürzlich, wie dortige Tageszeitungen berichten, eine Versammlung ab, um zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter bemängelte, dass die selbständigen Landschaftsgärtner nicht nur nichts zur Hebung des Berufes unternähmen, obwohl hierzu jetzt die Gelegenheit günstig sei, sondern sich in den Preisen unterböten, worunter dann auch die Gehilfen leiden müssten. Die jetzigen Arbeitslöhne der Landschaftsgärtner entsprächen durchaus nicht den gesteigerten Preisen der Lebensbedürfnisse, und dabei bestehe neben diesen geringen Arbeitslöhnen noch eine überaus lange Arbeitszeit, und die Sonntagsarbeit werde auch immer häufiger. Im Hinblick auf diese misslichen Verhältnisse beschlossen die Versammelten, durch eine jetzt schon einsetzende rege Agitation eine für nächstes Frühjahr einzuleitende Lohnbewegung vorzubereiten. Es wurde eine Lohnkommission ernannt, die im Laufe des Winters einen Tarif ausarbeiten, sich dabei aber nicht auf die vorjährigen Forderungen beschränken, sondern einen Mindeststundenlohn von 50 Pfg. bei täglich neunstündiger Arbeitszeit verlangen soll. Durch Annahme einer Resolution verpflichteten sich die Versammelten, in diesem Sinne mit tätig zu sein.

Auch in Leipzig wird wohl, wie in Elmshorn, Wasser in den Wein getan werden müssen!